

PAUKOS im Gespräch mit Prof. Dr. Matthias von Saldern*



Herr Professor von Saldern, statt des für unsere Zeitschrift üblichen Gesprächs möchte ich Sie bitte, zu den nachfolgenden Thesen Stellung zu nehmen. Die Thesen sind überspitzt formuliert und beziehen sich auf verschiedene Aspekte der Bildungs- und insbesondere der Schulpolitik in Niedersachsen.

These 1: *Deutschland ist in Folge Export- und nunmehr durch den rasanten Aufstieg der chinesischen Wirtschaftsmacht Vize-Export-Weltmeister – trotz schlechter PISA-Werte. Die Deutschen sind auch als „Klassenbeste“ durch die Finanzkrise gekommen. Unseren europäischen Konkurrenten haben wir wirtschaftlich eine Harke gezeigt. In internationalen Vergleich liegen wir allerdings bei den Bildungsausgaben im unteren Feld. Also, wozu das Klagen über das Bildungssystem? Auch das Klagen über den sogenannten Fachkräftemangel entpuppt sich teilweise als Propaganda und kann, soweit ernsthaft akut, über gezielte Zuwanderungen bzw. Arbeitsplatzverlagerungen aufgefangen werden. Deutschland hat kein Bildungsdefizit! In der Vergangenheit hat das westdeutsche Bildungssystem erfolgreich durch Zuwanderung eigene Kosten gespart (nach dem Krieg insbesondere durch die Vertriebenen und Flüchtlinge).*

Matthias v. Saldern: In dieser These stecken ja mehrere Gedanken. Zum einen muss man festhalten, dass unsere PISA-Werte nicht schlecht sind. Deutschland liegt im Mittelfeld. Gemessen am eigenen Anspruch ist dies natürlich nicht zufriedenstellend. An einer Stelle hat die These sogar einen Widerspruch: Deutschland hat sehr wohl ein Bildungsdefizit, dieses wird aber nicht offensichtlich zum Beispiel durch die Zuwanderung. Diese Politik gab es schon immer, zum Beispiel vor dem Fall der Mauer. Diese Politik wird auch fortgeführt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland: So importiert das Bundesland Bayern pro Jahr ca. 4000 Akademikerinnen und Akademiker, um die eigenen Stellen besetzen zu können. Die meisten Personen kommen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Es wird der Zeitpunkt kommen, zudem nicht nur qualifizierte Menschen bundesdeutschen Boden betreten. Spätestens dann wird deutlich, dass das Bildungssystem einer grundlegenden Überarbeitung bedarf.

These 2: *Heinz Bude* hat in seinem Buch „Bildungspanic“ auf einen sehr interessanten Tatbestand hinsichtlich der Forderung nach mehr höherer Bildung („Das teuflische Gut.“) für immer mehr Menschen hingewiesen: „Je mehr (höhere, bessere) Bildung für alle, umso geringer der gesellschaftlich zugemessene Wert eben dieser Bildungsergebnisse. Weil das Maßband dafür scheinbar das öffentliche Bildungssystem nicht mehr zu leisten vermag.“ – Bildung verliert ihre ökonomische und gesellschaftliche Ausgrenzungswirkung.*

Matthias v. Saldern: Diese These kann man vorbehaltlos unterstützen. An ihr werden auch die Ängste mancher Bevölkerungskreise deutlich: Die kürzlich geäußerte These von Nida-Rümelin, in Deutschland hätten wir eine Akademikerschwemme, ist schon sehr alt und wird ähnlich wie die Konjunkturzyklen immer wieder vorgebracht. Wenn man sich die Veränderungen in der Berufswelt anschaut, dann wird schnell deutlich, dass wir derzeit noch zu wenig Akademikerinnen und Akademiker haben. In diesem Zusammenhang wird gerne auf die offenen Stellen für Auszubildende hingewiesen. Diese offenen Stellen könnte man durchaus besetzen, wenn sie denn angemessen bezahlt würden.

These 3: *Betrachtet man die Reformen, oder besser gesagt, die administrativ verordneten Veränderungen in der Schullandschaft in Niedersachsen (strukturelle und curriculare), so muss man doch feststellen, dass diese „Maßnahmen“ keine „pädagogischen“ Innovationen waren und nicht dazu geführt haben, dass das Bildungsversprechen des Schulgesetzes und der Bildungsanspruch der Schülerinnen und Schüler eingelöst wurden. Die bildungspolitischen Akteure haben sich in die Schulstruktur verbissen und den Diskurs über Bildung (u.a. die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Implikationen der existierenden globalen Herausforderungen und den daraus zu entwickelnden pädagogischen und didaktischen Konsequenzen) vernachlässigt.*

Matthias v. Saldern: Dieser These kann ich nur teilweise zustimmen. Auch das Nachdenken über Schulstrukturen spielt eine wesentliche Rolle, weil wir noch zu viele Kinder auf die falschen Schulformen schicken. Die Frage ist auch, wie denn ein Kultusministerium agieren soll, außer „administrativ zu verordnen“. Genau dies ist seine Aufgabe. Dies entpflichtet natürlich die Agierenden nicht, breite gesell-

* Heinz Bude: „Bildungspanic“. Was unsere Gesellschaft spaltet. Carl Hanser Verlag, München 2011. 144 S., br., 14,90 €.

schaftliche Diskussionen zu führen, um Schnellschüsse wie zum Beispiel beim G8 zu vermeiden. Eine breitere Diskussion über die Konsequenzen aus den globalen Herausforderungen wäre wünschenswert, allerdings darf man die Verantwortung nicht nur dem Kultusministerium zuschieben, sondern es ist jede einzelne Schule dazu aufgerufen. Es ist doch erstaunlich, wie groß die Unterschiede in der Schulqualität bei gleichen Rahmenbedingungen sind.

These 4: *Die aktuelle Kürzungspolitik in Niedersachsen – Erhöhung der Pflichtstunden für Gymnasiallehrkräfte und der Wegfall der Altersermäßigung – zeugen nicht nur von einem eklatanten Bruch von Wahlversprechen („Anpacken. Besser machen.“ - SPD und „Wir machen Schule besser – für mehr Bildungsqualität“ - Bündnis90/Die Grünen). Sie macht auch deutlich, dass rot-grüne Bildungspolitik – nicht nur im Widerspruch zu eigenen Ankündigungen - gegen die Interessen der Betroffenen (Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte) durchgesetzt werden soll. Ein Verzicht auf die Stundenerhöhung bedeutet nach Aussage der Kultusministerin eine Gefährdung der Finanzierung der Inklusion. Insofern werden wohl nun die Gymnasiallehrkräfte für die Inklusion in Haftung genommen.*

Matthias v. Saldern: Auch in diese These stecken mehrere Gedanken. Die Erhöhung der Unterrichtszeit (nicht der Arbeitszeit) der Gymnasialkräfte ist eine Anpassung an die Stundenvorgaben in den anderen Bundesländern. Mit diesem Thema wird allerdings die wichtige Frage aufgeworfen, ob in deutschen Schulen die Lehrkräfte nicht generell zu viel Unterricht halten. Durch die hohe Unterrichtsbelastung geht Zeit verloren für Einzelbetreuung und Schulentwicklungsmaßnahmen. Die zweite Aussage in der These bezieht sich auf Inklusion. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher eigentlich Aufgabe der Staatskanzlei und nicht nur des Kultusministeriums. Daher hätte man Ressourcen dafür aus dem niedersächsischen Gesamthaushalt nehmen müssen.

These 5: *Finnland hat in den 80er Jahren sein Schulwesen grundlegend reformiert (u.a. Einführung von Gesamtschulen). Eine solche Reform ist in einem föderativen Staat undenkbar. In den derzeitigen Koalitionsverhandlungen steht u.a. auch das Bund-Länder-Kooperationsverbot in der Bildungspolitik auf der Agenda. Zu befürchten ist jedoch, dass das Ergebnis keine stärkere Bundeskompetenz sein wird. Wenn die Schwarz-Rote-Koalition überhaupt zustande kommt. Der Verweis von Ihnen auf die Umwandlung des Schulsystems in den neuen Bundesländern nach der Wende (didacta 2012 – „Einstampfen des DDR-Schulsystems“) ist hier nicht haltbar. Das Schulsystem für die neuen Bundesländer war nach in der Wende nur sehr begrenzt Gegenstand von Verhandlungen.*

Matthias v. Saldern: Über den in der Zukunft liegenden Koalitionsvertrag will ich nicht spekulieren. Tatsächlich war der Erhalt des Schulsystems der DDR (ohne den staatlich-ideologischen Einfluss) kaum Gegenstand von Verhandlungen, weil sehr schnell die so genannten Partnerländer (die neuen Bundesländer bekamen Partner aus den alten Bundesländern zur Seite gestellt) Vorbild waren für die Schulsysteme in den neuen Bundesländern. Der Erhalt der Strukturen des DDR-Schulsystems war allerdings eine politische Forderung des so genannten Runden Tisches, der in Berlin unmittelbar nach der Wende tagte. Bedauerlich ist der Verlust an Erfahrung: Wie haben Lehrkräfte in der DDR es eigentlich geschafft, die Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam zu unterrichten?

These 6: *In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk machen Sie den interessanten Vorschlag, alle Schulen in Gymnasien umzuwandeln. Dies könnte die Eltern zufrieden stellen. Es ist doch realitätsfern zu glauben, dass die bürgerliche Bildungslobby „ihr“ Gymnasium kampfflos als gesellschaftliches Abgrenzungsparadigma aufgeben wird.*

Matthias v. Saldern: Die Idee, alle Schulen im Sekundarbereich I als Gymnasien zu bezeichnen, wurde in Schweden geboren und jüngst in Polen aufgegriffen. Es stimmt, dass das Gymnasium eine starke Lobby hat.

These 7: *Lehrkräfte aller Schulstufen und Schulformen beklagen den zunehmenden Druck durch Vergleichstests, Lernstandsberichte und sonstige Leistungsbeurteilungen (Bildungsstandards), deren Güte nicht immer objektiven Anforderungen genügen. Sie plädieren u.a. für die Einführung objektiver allgemeiner Testverfahren und die Abschaffung der Noten. In der Praxis bedeutet dies doch noch mehr Tests und die Reduzierung des Lernens auf überprüfbare Ziele. Mit dem Verzicht auf Benotung fehlt den Schülerinnen und Schülern ein „zuverlässiger“ Motivationsstimulus zum Lernen!*

Foto: <http://de.fotolia.com/>



Matthias v. Saldern: In der Schule wurde schon immer Leistung gemessen. Allerdings hat sich in den letzten 100 Jahren eine Verschiebung dahin gehend gezeigt, dass die Leistungsdiagnostik von einer Individualdiagnostik (Was muss ich von einem Schüler wissen, um ihn maximal zu fördern?) zur schulübergreifenden Vergleichsdiagnostik (PISA, TIMMS, Vera, etc.) geworden ist. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass Bundesländer vorgeben, wie viele Klassenarbeiten pro Jahr in einem Fach geschrieben werden müssen. Allerdings gibt es jetzt auch zu begrüßende Gegenentwicklungen wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt. Hinzu kommt das Notenargument: Wer in Schulsystemen ohne Noten lernt, vermisst sie nicht. Viele Integrierte Gesamtschulen, Waldorfschulen sowie Montessori Schulen kennen die Note nicht und trotzdem ist das Lernen dort erfolgreich. Ein schöner Effekt wäre es, die Lehrkräfte von ihrer Doppelrolle zu entlasten (Chancenvergeber und Lernbegleitung). Die vergleichende Leistungsbewertung sollte erst im jeweiligen Abschlussjahr stattfinden. Bis dahin sollte es in der Schule nur Individualdiagnostik geben.

Die Thesen wurden von Henrik Peitsch formuliert (26.11.2013)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bezirk Weser-Ems - Kreisverbände Osnabrück-Stadt, -Land und -Nord,
Kreisverband Melle und Kreisverband Wittlage



forum schule 2014
„LERNEN . . .
Gemeinsam – Individuell“

Dienstag, 25. März bis Mittwoch, 26. März 2014,
Haus der Jugend, Osnabrück

P r o g r a m m
Dienstag, 25. März
 ab 19:00 Uhr

Konzert „Blues company meets Takkatina“

Mittwoch, 26. März
 8:00 bis 16:00 Uhr

9:30 Uhr: Hauptreferat mit Prof. Dr. Clemens Hillenbrand*
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
„Herausforderung Verhalten – Chancen der inklusiven Bildung“

Nach Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen werden Schüler mit herausfordernden Verhaltensweisen in Zukunft verstärkt in der allgemeinen Schule unterrichtet werden. Dieser Auftrag zur „Inklusion“ gilt für alle Schulen, löst aber auch ernste Besorgnis – nicht nur in Deutschland - aus. Der Vortrag zeigt mit empirisch fundierten Beispielen auch praktische Handlungsmöglichkeiten auf. Der politische Auftrag zur Inklusion kann erst durch die Kompetenzen von Lehrkräften verwirklicht werden.

*Prof. Dr. Clemens Hillenbrand, Universität Oldenburg, Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik. Forschungsschwerpunkte: Prävention von Verhaltensstörungen, wirksame Lernförderung, Prävention von Dropout und Schulabbruch, Qualifizierung für inklusive Bildung.

14:00 bis ca. 16:00 Uhr 4 Workshops zur Thematik:
„Lernen in und mit heterogenen Gruppen
in der Primarstufe und der Sekundarstufe I“

Kosten

Konzert 25.3.2014: 8 € - StudentInnen 5 €

Vortrag/Workshop 26.3.2014: 15 € für GEW-Mitglieder - 25 € für Nichtmitglieder - 10 € für StudentInnen

Änderungen vorbehalten!

Weitere Informationen und Anmeldung auf der Website:

www.forumschule.net

Die Veranstaltung wird mit Unterstützung
 der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Nord gGmbH, Geschäftsstelle Osnabrück
 und der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück durchgeführt!